

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XI
1. Vorbemerkungen	1
1.1 Zur Einführung	1
1.2 Historisches und Begriffliches zur Arbeitskräfteüberlassung	3
1.2.1 Die Entwicklung in Österreich	3
1.2.2 Die Entwicklung in der Europäischen Union	7
1.2.3 Die Sicherheitsrichtlinie	9
1.2.4 Die Leiharbeitsrichtlinie	9

1. Teil

Grundlegende Aspekte der Arbeitskräfteüberlassung

2. Grundlegende Begriffe	13
2.1 Wann liegt Arbeitskräfteüberlassung vor?	13
2.2 Abgrenzung zur Arbeitsvermittlung	15
2.3 Wer ist Arbeitnehmer?	15
2.4 Wer ist arbeitnehmerähnliche Person?	16
2.5 Werkvertrag und Arbeitskräfteüberlassung	19
3. Die auftretenden Rechtsverhältnisse	22
3.1 Das Rechtsverhältnis zwischen Überlasser und überlassener Arbeitskraft	22
3.2 Das Rechtsverhältnis zwischen Überlasser und Beschäftiger	23
3.3 Das Rechtsverhältnis zwischen dem Beschäftiger und der überlassenen Arbeitskraft	25
3.4 Verändert das AÜG das für alle Arbeitnehmer geltende Arbeitsrecht?	26
3.5 Die Anwendung auf arbeitnehmerähnliche Personen	27
3.5.1 Die Rechtsbeziehung zwischen Überlassern und arbeitnehmerähnlichen Personen	27
3.5.2 Freie Dienstnehmer	28
3.5.3 Die Bedeutung eines generellen Vertretungs- oder Ablehnungsrechts	30
4. Spezielle Formen der Arbeitskräfteüberlassung	30
4.1 Die Subüberlassung (Mehrfachüberlassung)	30
4.2 Die Arbeitskräfteüberlassung zwischen Privatpersonen	31
4.3 Das Pay-Roll-System	31
4.4 Die grenzüberschreitende Arbeitskräfteüberlassung	32
4.4.1 Zulässigkeit	32

4.4.2 Anzuwendendes Recht	34
4.4.3 Rechtslage bei bloßen Entsendungen	36
4.4.4 Zusammenfassendes Ergebnis	39
5. Allgemein zu beachtende Schutzbestimmungen	39
5.1 Die Zielsetzungen des Gesetzes	39
5.2 Schutz vor Umgehungen	40
5.3 Zustimmung zur Überlassung	41
5.4 Schutz der Stammarbeitnehmer	42
5.5 Vermeidung arbeitsmarktpolitisch nachteiliger Entwicklungen	44
5.6 Wirtschaftliche Betrachtungsweise	45
5.7 Gleichbehandlung und Diskriminierungsverbote	46
6. Ausnahmen von der Anwendbarkeit des AÜG	47
6.1 Überlassung durch Gebietskörperschaften (§ 1 Abs 2 Z 1)	48
6.2 Überlassung land- und forstwirtschaftlicher Arbeitskräfte (§ 1 Abs 2 Z 2)	51

2. Teil

Das für die privilegierte Arbeitskräfteüberlassung geltende Recht

7. Die gewerberechtlichen Voraussetzungen der Arbeitskräfte- überlassung	53
7.1 Allgemeines	53
7.2 Sonstige gewerbliche Überlassung	54
8. Die privilegierten Überlassungen	55
8.1 Vorübergehende Überlassungen (§ 1 Abs 3 Z 1 AÜG, § 135 Abs 2 Z 1 GewO)	55
8.2 Inbetriebnahme, Wartung und Einschulung (§ 1 Abs 3 Z 2 AÜG, § 135 Abs 2 Z 2 GewO)	56
8.3 Zwischenbetriebliche Kooperationen (§ 1 Abs 3 Z 3 AÜG, § 135 Abs 2 Z 3 GewO)	58
8.4 Vorübergehende Überlassungen im Konzern (§ 1 Abs 3 Z 4 AÜG, § 135 Abs 2 Z 4 GewO)	60
8.5 Überlassungen im Rahmen von Ausbildungs-, Eingliederungs- und Umschulungsprogrammen (§ 1 Abs 4 Z 1 AÜG)	62
8.6 Überlassungen im Rahmen der Entwicklungshilfe (§ 4 Abs 2 AÜG, § 135 Abs 2 Z 5 GewO)	63
8.7 Die bloß gelegentliche Überlassung	63
9. Die Anforderungen des AÜG bei privilegierten Arbeitskräfte- überlassungen	64
9.1 Rechtsstellung des Überlassers	65
9.2 Rechtsstellung des Beschäftigers	68
9.3 Rechtsstellung der überlassenen Arbeitskräfte	70
9.3.1 Gegenüber dem Überlasser	70
9.3.2 Gegenüber dem Beschäftiger	73

3. Teil

Das für die reglementierte Arbeitskräfteüberlassung geltende Recht

10.	Gewerberechtliche Bestimmungen	75
11.	Grenzüberschreitende Arbeitskräfteüberlassung	76
12.	Überlassungen im Konzern	77
13.	Entgeltansprüche	77
13.1	Allgemeines	77
13.2	Das Grundentgelt	79
13.2.1	Das Grundentgelt nach dem unmittelbar anwendbaren Kollektivvertrag	81
13.2.2	Das Grundentgelt nach Ortsüblichkeit	84
13.2.3	Zusammenfassung	86
13.3	Das Überlassungsentgelt	87
13.4	Betriebspensionen	92
14.	Sonstige Ansprüche	93
14.1	Arbeitszeit	93
14.2	Urlaub	97
14.3	Wohlfahrt	97
14.4	Kündigungsfristen	98
14.5	Grenzüberschreitende Arbeitskräfteüberlassung	98
15.	Zwingende und verbotene Vertragsinhalte	99
15.1	Notwendiger Vertragsinhalt	101
15.2	Verbotene Vereinbarungen	102
15.2.1	Höhe des Grundentgelts	102
15.2.2	Zahlungstermine	103
15.2.3	Arbeitszeit	103
15.2.4	Befristung	105
15.2.5	Wohlfahrtseinrichtungen und Wohlfahrtsmaßnahmen	106
15.2.6	Verfall und Verjährung	106
15.2.7	Behinderungen für die Zeit nach der Überlassung	106
15.2.8	Unbillige finanzielle Belastungen	107
16.	Dienstzettel	108
17.	Mitteilungspflichten des Überlassers bzw Beschäftigers	110
17.1	Überlasser	110
17.2	Beschäftiger	112
18.	Aufzeichnungs- und Übermittlungspflichten des Überlassers bzw Beschäftigers	113
19.	Haftungsübernahmen des Beschäftigers	114
20.	Ende der Gewerbeberechtigung des Überlassers	116
21.	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	117
22.	Arbeitsrechtliche Sonderprobleme bei der Arbeitskräfteüberlassung	117
22.1	Beendigung des Arbeitsvertrages	118

22.2 Betriebsverfassungsrecht – Mitbestimmung	121
22.3 Betriebsübergang	129
23. Sozial- und Weiterbildungsfonds (Fonds)	129
23.1 Allgemeines	129
23.2 Finanzierung	130
23.3 Die Leistungen	131
23.4 Die Organisation	132

4. Teil
Administrativ- und Strafbestimmungen

24. Administrativbestimmungen	135
24.1 Beschränkungen der Arbeitskräfteüberlassung	135
24.2 Grenzüberschreitende Arbeitskräfteüberlassung	137
24.3 Die zuständigen Behörden	137
24.4 Melde- und Auskunftspflichten	138
24.5 Überwachung	139
24.6 Untersagung der Überlassung	139
25. Strafbestimmungen	139
25.1 Der niedrigere Strafrahmen	140
25.2 Der höhere Strafrahmen	141

Annex

Sozialversicherungsrechtliche Probleme der Arbeitskräfteüberlassung ...	143
---	-----

Anhang

Bundesgesetz vom 23. März 1988, mit dem die Überlassung von Arbeitskräften geregelt wird (Arbeitskräfteüberlassungsgesetz – AÜG)	147
Richtlinie 2008/104/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Leiharbeit (Leiharbeits-RL 2008/104/EG)	173

Sachregister	185
--------------------	-----